

Bezugs-Preis

Im Voraus und Viertel... 1.00 monatlich... 10.00 vierteljährlich...

Leipziger Tageblatt

Handelszeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

Die Anzeigen sind... 1.00 pro Zeile... 10.00 pro Woche...

Nr. 30.

Sonnabend 30. Januar 1909.

103. Jahrgang.

Das Wichtigste.

Als zukünftiger Polizeidirektor von Leipzig wurde an Stelle des am 1. Mai in den Ruhestand tretenden Herrn Polizeidirektors Dreschneider in der gestrigen Sitzung der städtischen Kollegien Herr Stadtrat Dr. Maaler mit großer Mehrheit gewählt.

Im Reichstag begann am Freitag die Debatte über die Schwarzen Listen. Der Reichstagsbericht.

Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte am Freitag in zweiter Lesung die Besoldungsvorlage.

Das Professorenkollegium der philosophischen Fakultät an der deutschen Universität Prag hat sich in einer Resolution mit der dringenden Bitte um Schutz vor dem tschechischen Mob an den österreichischen Ministerpräsidenten gewandt.

Wegen Totschlags wurde der Arbeiter Kaufmann aus Gumpitz, der am Abend des 15. November d. J. seine Ehefrau von dem Stieg am Dölliger Behr in das Wasser gestürzt und so getötet hatte, gestern vom Schwurgericht zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Die Orientgefahr.

Es ist beinahe zum Gemeinplatz geworden, den Ausbruch eines Krieges im nahen Orient mit dem losendendigen rücken den Termin der vollendeten Schneeschmelze in Verbindung zu bringen. Ein unmittelbarer Zusammenhang mit diesem meteorologischen Bestimmungsgrunde ist ja durch die Schwierigkeit der Kriegführung auf nicht abgetroffenen Wegen, und zumal den schlechten Wegen der Balkanländer, gegeben.

Aber freilich, Bulgarien ist nicht Russland. Sofia ist kein Peking, wo ein entscheidendes Wort gesprochen werden kann. Man darf eher negativ aus der Tatsache, daß bis heute von außerordentlichen Rüstungen des Zarreiches nichts verlautet, den Schluß ziehen, daß der Krieg dieses Mal noch nicht bevorsteht.

Russland ist die Zeit noch nicht gekommen. Das Vierteljahrhundert ist längst herum, das ehemals die Ruhepausen seines stoffelartigen Vordringens gegen Konstantinopel zu erfüllen pflegte. Aber das Kaiserreich hatte dieses Mal ein anderes Problem angeknüpft und ist dabei auf ein Hindernis gestoßen, das nicht nur nicht überwinden ist, sondern seine Macht auch für andere Zwecke sehr empfindlich zurückgedrückt hat.

Russland kann jetzt nicht Krieg führen und will es darum wahrscheinlich auch nicht. Eine kriegerische Verwicklung Bulgariens ist aber ein Ding, das die russischen Interessen an ihrer allerempfindlichsten Seite berührt.

Mit der Beilegung des österreichisch-ungarischen Streites scheint die Spannung der Lage im westlichsten Überwunden zu sein. Ein Kriegsausbruch auf der serbischen Seite wäre insofern weniger bedrohlich für den allgemeinen Frieden, als dort ein unmittelbares russisches Interesse nicht schließt ist.

iharen, heraus Gehorenes. Im Frieden von Bukarest fanden die Serben kaum Berücksichtigung. 1876 wurde allerdings der Vormarsch der siegreichen Türken auf Belgrad durch ein zaristisches Ultimatum aufgehalten. Aber fast gleichzeitig hatte man Österreich zu Reichthum freie Hand gegen Bosnien eröffnet, und in dem vorausgegangenen Kriege war von vornherein dem polternden Angriff des kaiserlichen Volkes über alle möglichen türkischen Grenzen die bosnische Seite gelassen worden.

Sollte Österreich wirklich schon in Würzburg ein „Anfallsrecht“ mehr oder weniger ausüben dürfen, so wäre es ein schwerer Fehler Solowjow's gewesen, daß er damals, nach dem Königsmord, nicht entschlossen zugegriffen hat. Denn inzwischen ist die italienische Agitation auf der östlichen Seite der Aeria aufgetaucht. Wie wollen an dieser Stelle nicht unterlassen, ob Italien irgend einen Beruf besitzt für sein Streben nach Expansionspolitik, durch das es sich in Widerspruch setzt mit jenem Nationalitätsprinzip, auf dessen Prinzipien Grund es sich eben erst geschaffen hat.

Ob man indessen in Rom ernstlich gewillt ist, dieses Verhabertum über die Sandjaks-Büchse hinaus bis an die Gasse zu erstrecken, steht dahin. Montenegro und Serbien stehen nicht auf gleicher Linie in dieser Beziehung. Dem Verhältnis scheint man auch in Wien Rechnung zu tragen. Es heißt, daß die österreichische Diplomatie die Sache Montenegro von der Serbien zu trennen beabsichtigt. Desto schlimmer wäre es für Serbien. In Belgrad hat man wahrscheinlich allen Grund, nicht länger mit dem Feuer zu spielen.

Prag.

(Privattelegramm unseres Prager L.-Korrespondenten vom 29. Januar.)

Zur Situation ist heute zu melden: Das Professorenkollegium an der philosophischen Fakultät der deutschen Universität Prag hat einstimmig eine Resolution gefaßt, die an den Ministerpräsidenten geschickt wurde.

Die Resolution lautet u. a.: Die Fakultät muß darauf hinweisen, daß die deutschen Studenten sich der mißverhättnisvollen Ordnung beschließen, ihren Studien trotz der gegen sie angelegten Unruhen in der hingehaltenen Weise abzugeben, daß sie weit entfernt von jeder Provokation, nicht anders als das selbständige Recht der freien Bewegung in der Haupt- und Universitätsstadt des Landes Böhmen für sich in Anspruch nehmen und während der ganzen kritischen Zeit eine geradezu bewundernswürdige Mäßigkeit an den Tag gelegt haben.

Die Fakultät muß endlich mit aller Entschiedenheit darauf hinweisen, daß die Angriffe des tschechischen Mob's sich nicht so sehr gegen die deutschen Studenten allein richten, als daß vielmehr das öffentliche Leben in Prag als Ganzes zum Ziel genommen wird, um den Bestand der ganzen deutschen Universität zu gefährden und die Vernichtung des gesamten Deutschthums in Prag zu erzielen.

Die tschechische Nationalitätenfrage im österreichischen Abgeordnetenhaus. Aus Wien wird schließlich unterm 29. Januar telegraphiert: Im Abgeordnetenhaus wurden heute die Verhandlungen über die Dringlichkeitsanträge betreffend die nationalen Verhältnisse in Böhmen fortgesetzt. Nachdem Subis als Generalredner in tschechischer Sprache erklärt hatte, daß zur Regelung

der Sprachenfrage nur der böhmische Landtag kompetent sei, wichen Stöckel und v. Strasski die Beschimpfungen der Deutschen farbenträgenden Studentenschaft durch den Grafen Sternberg zurück, dessen Angriffe und Schmähungen nicht an die Würde und Höhe der deutschen farbenträgenden Studentenschaft Österreichs hinarbeiten. (Beifall links.) Abg. Reich erklärte, die Deutschen erwarten von Wien nichts mehr und seien entschlossen, sich selbst zu helfen, wenn es geht, im Wege des Gesetzes, wenn nicht, auf dem Wege der Gewalt. (Beifall rechts.)

Vom Balkan.

Die türkisch-bulgarische Situation ist noch nicht aus der Phase ihrer Entwicklung getreten, in der sie sich vor zwei Tagen befand. Von beiden Seiten liefert man sich Friedensversicherungen. Bulgarien gibt schon offiziell einen Beweis davon, daß es gegen das ottomanische Reich keine aggressiven Tendenzen verfolgt: es hat, laut einer türkischen Wittermeldung, einen Teil seiner Grenztruppen entlassen. (Beifall rechts.)

Zur türkisch-bulgarischen Krise.

Konstantinopel, 29. Januar. (Telegramm.) Von ministerieller Seite wurde gestern auf der Botschaft erklärt, die türkische Regierung habe der bulgarischen Regierung mitgeteilt, sie sei bereit, die Unterhandlungen auf der Basis von fünf Millionen Pfund wieder aufzunehmen. (Beifall rechts.)

Sofia, 29. Januar. (Telegramm.) Trotz der vorgefertigen Ablehnung der Einladung zur Erneuerung der Verhandlungen seitens des Ministerpräsidenten war gestern eine Botschaft der Situation festzustellen. Der Minister des Auswärtigen sprach sich einigen Diplomaten gegenüber über die Lage und die Aussichten einer Verständigung optimistisch aus. (Beifall rechts.)

Konstantinopel, 29. Januar. (Telegramm.) Ein Telegramm des „Tanin“ aus Adrianopel meldet, daß Bulgarien einen Teil seiner Grenztruppen entlassen habe.

Beunruhigend wirken dagegen wieder zwei anderweitige Depeschen: Saloniki, 29. Januar. (Privattelegramm.)

Die Entwaffnung der bulgarischen Bevölkerung in den Ortschaften in der Nähe der Grenze ist angedeutet worden. Es werden dagegen Anstalten zur Verstärkung der türkischen Grenztruppen in den strategisch wichtigen Punkten getroffen. Die Regierung erlaubt weitere Transporte serbischer Kriegsmaterials über Saloniki.

Konstantinopel, 29. Januar. (Telegramm.) Obwohl die Botschaft Bulgariens Maßnahmen fortgesetzt zu haben bezeugt, werden doch energische Vorbereitungen getroffen. Der Kriegsminister befahl die sofortige Reorganisation der alten und Herstellung neuer Forts in Adrianopel. Die türkische Diplomatie fordert jetzt entschieden aus jener die Rekrutierung der Grenzlinie bei Dschuma und Zantein. (Beifall rechts.)

Eine hohe türkische Persönlichkeit soll einen Brief des Generals von der Wolk erhalten haben, in dem die Türkei vor einer Okkupation des Sandjaks Kowibazar durch Serbien gewarnt wird.

Diese letzte Meldung bedarf noch der näheren Bestätigung.

Notstand in Serbien.

In der schweren wirtschaftlichen Krise, in die Serbien durch seine mangelhafte Politik geraten ist und über die wir schon kurz berichtet haben, wird jetzt weiter gemeldet:

Belgrad, 29. Januar. (Telegramm.) „Beogradske Robine“ laut zum nächsten Ultimo infolge der erschreckenden Zunahme der wirtschaftlichen Krise mehrere Forderungen voran. Der erste Beweis der Krise sei die Heberbürdung des Handelsgerichts, bei dem kürzlich an einem Tage 200 Wechselprotokolle und 50 Exekutionsgehäuse einliefen.

Aus dem österreichischen Annexionsauschuß.

Wien, 29. Januar. (Telegramm.) Im Ausschuss zur Beratung der Annexionsvorlage befragte der Ministerpräsident die Verhandlungen mit der Türkei und erklärte, es sei die Hoffnung gerechtfertigt, daß das auf Grundlage des Angebots von 25 Millionen Pfund sowie anderer der Türkei in Aussicht gestellter Konzeptionen erzielte prinzipielle Einverständnis mit der Türkei in nächster Zeit in einem Protokoll endgültig redigiert sein werde, das den beiderseitigen Legationen nach der Ratifizierung unterbreitet werden solle. (Beifall rechts.)

Internationale Balkankonferenz.

Von unrichtiger Seite wird uns geschrieben: Die Nachricht, daß Kaiser Nikolaus von Montenegro gestern den Gefanden der fremden Mächte eine Note überreicht habe, worin die schlechte Einwirkung einer Balkankonferenz verlangt wird, ist unbestätigt. Wichtig ist aber,